

Konfliktthema Windkraft, Natur, Lebensqualität

DIE LINKE im Kreis Birkenfeld setzt bei der Energiewende auf Alternativen zur "Verspargelung" der Landschaft durch Windkraftanlagen.

DIE LINKE fragte: **Wäre Ihrer Meinung nach ein kreisweites Windparkkonzept unter Federführung des Kreises (in Abstimmung mit den Verbandsgemeinden) wichtig und durchführbar?**

Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten in der Reihenfolge des Einganges

Matthias Keidel (FDP): Nein. Da die Windkraftflächen teilweise über Kreisgrenzen hinweg ausgewiesen sind, ist eine Abstimmung auf Ebene der Planungsgemeinschaften sinnvoll. Schon jetzt zielt das Landesentwicklungsprogramm darauf ab, größere Windparks mit mehreren statt einzelner Anlagen zu errichten.

Jeanette Geßner (Die Partei): Ein Windparkkonzept ist wichtig und umsetzbar. Allerdings muss dies lokal im Nationalparklandkreis Birkenfeld verbleiben. Unsere lokalen Windräder sollten nicht mit südostasiatischem Billigwind betrieben werden. Es gilt, Winddumping zu verhindern.

Stefan Worst (Einzelbewerber): Zu Beginn der Windkraftansiedlung wurde der Fehler gemacht, dass Zuständigkeiten nicht geregelt waren und der Profitgedanke bei Kommunen, als auch Privatleuten im Vordergrund stand. Mir wäre ein Windpark lieb, der wenig Ressourcen verschlingt und den Menschen kaum belastet. Ich bin strikt gegen Windkraftanlagen im Nationalpark- und im Naturparkgebiet.

Mirosław Kowalski (CDU): Der Landkreis hat keine Planungskompetenz und künftig auch keine Genehmigungskompetenz mehr. Ein kreisweites Windparkkonzept halte ich unter den gegebenen Bedingungen für nicht zielführend.

Caroline Pehlke (SPD): Mit dem Beitritt des Kreises zum Klimapakt forciert man das Engagement im Klimaschutz und bekennt sich zu den Klimaschutzzielen des Landes. Eines lautet 2% der Landesflächen bis 2032 für Windenergien auszuweisen. Dieses Ziel auch auf Landkreisebene zu erreichen ist Inhalt des KKP. Ein gemeinsames Standortkonzept auf öffentlichen Fläche unter Beteiligung aller Kommunen halte ich für sinnvoll.

Rouven Hebel (Freie Wähler): Diese Vorgehensweise hätte ich bevorzugt. Durch die geschaffenen Tatsachen und die aktuellen politischen Rahmenbedingungen werden wir leider keinen Einfluss von Seiten des Landkreises nehmen können.